

Holger Heith

Bestände zur europäischen und internationalen Arbeit der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (Archiv für soziale Bewegungen, Bochum)

Bereits die Vorgängerorganisationen der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) pflegten rege Beziehungen zu ihren ausländischen Bruderorganisationen.¹ Schon an der Gründung des Internationalen Bergarbeiterverbandes (IBV) 1890 waren Vertreter aus Deutschland beteiligt gewesen.² Die Quellenlage für die Zeit vor 1933 ist allerdings – aufgrund der Vernichtung des Archivs des „Alten Verbandes“ durch die Nationalsozialisten im gleichen Jahr – auf nachträglich zusammengetragene Periodika und Jahresberichte beschränkt. Im Vergleich dazu ist die Überlieferung der europäischen und internationalen Arbeit der IGBE nach dem Zweiten Weltkrieg mit allein 264 Signaturen der Abteilung Internationales sehr umfangreich.³ Darüber hinaus existieren noch mehrere hundert Akten anderer Abteilungen, in denen die transnationalen Aktivitäten der IGBE dokumentiert werden.

Die europäische und internationale Arbeit der IGBE kann grob in zwei Hauptbereiche unterteilt werden: Der erste dieser beiden Bereiche behandelt die Gewerkschaftsarbeit im Internationalen Bergarbeiterverband. Schon auf dem zweiten Gewerkschaftskongress nach dem Krieg 1948 in Recklinghausen waren Vertreter der britischen, schwedischen, niederländischen und belgischen Bergarbeitergewerkschaften als Gäste anwesend.⁴ Die Bedeutung des deutschen Beitrags für diese Organisation wird dadurch erkennbar, dass deutsche Gewerkschaftsvorsitzende von 1954 bis 1996 den Präsidenten oder Vizepräsidenten des IBV stellten. So war etwa Adolf Schmidt von 1971 bis 1984 IBV-Präsident.⁵ Die Arbeit in den wichtigsten Organen des IBV – dem Präsidium, dem Exekutivausschuss, den Fachausschüssen und den Kongressen – ist dadurch nahezu vollständig dokumentiert. Der Schwerpunkt dieser Akten behandelt die Erarbeitung und Abstimmung gemeinsamer Positionen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der sozialen Sicherheit der Bergarbeiter weltweit. Bei den Kontakten mit Bergarbeitergewerkschaften außerhalb Europas stand die Frage der Arbeitssicherheit besonders im Mittelpunkt.

- 1 Ein Überblick zu europapolitischen Aktivitäten, die sich in den Beständen der IG Chemie und der Gewerkschaft Leder dokumentieren, die ebenfalls im Archiv für soziale Bewegungen in Bochum aufbewahrt werden, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich.
- 2 Vgl. Peter Rütter: Der Internationale Bergarbeiterverband 1890 bis 1993. Entwicklung und Politik, Köln 1995, S. 23.
- 3 Die Bezeichnung wechselte mehrfach: nach Genehmigung durch die Besatzungsbehörden: IV Bergbau, später IG Bergbau bzw. IG Bergbau und Energie.
- 4 Vgl. Protokoll der 2. Generalversammlung des Industrieverbandes Bergbau 1948 in Recklinghausen, S. 276 f.
- 5 Vgl. Rütter: Bergarbeiterverband, S. 96 f.

Einen weiteren thematischen Schwerpunkt bilden Fragen der Organisation und der Abgrenzung gegen christliche Bergarbeitergewerkschaften sowie gegen die Kommunistische Bergarbeiterinternationale. Insbesondere die Abgrenzung gegen die osteuropäischen Staatsgewerkschaften brachte dem IBV interne Konflikte und war 1983 einer der Gründe für den Austritt der Britischen National Union of Mineworkers (NUM). Die sich daraus ergebenden Auseinandersetzungen mit der NUM während des Bergarbeiterstreiks in Großbritannien 1984 bis 1985 sowie die Aufnahme der nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes neugegründeten Bergarbeitergewerkschaften Osteuropas sind in dem Bestand ebenso dokumentiert. Weitere Dokumente zu tagespolitischen Ereignissen in den Ländern der Mitgliedsorganisationen finden sich zum Beispiel bezüglich der Militärdiktatur in Griechenland, dem Pinochet-Regime in Chile und des Militärputsches in der Türkei 1980. Eine für Sozialhistoriker besonders ergiebige Quellenform sind die Berichte der Teilnehmer an internationalen Begegnungen und Studienreisen. Bis in die siebziger Jahre musste noch jeder Teilnehmer einen Bericht anfertigen, so dass diese Berichte eine ungefilterte Sichtweise auf nationale Besonderheiten und persönliche Erfahrungen ermöglichen.⁶

Noch umfangreicher sind die Aktenbestände des zweiten internationalen Arbeitsbereiches der IGBE, welche sich mit dem europäischen Einigungsprozess befassen. Bereits der Gründungsprozess der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) findet sich in den Beständen eingehender dokumentiert. Das starke gewerkschaftliche Engagement für die soziale Absicherung der Bergarbeiter und der Bergbaureviere bei der Neuorganisation der europäischen Montanindustrie führte zu einem nicht unerheblichen Einfluss auf die EGKS.⁷ Der wichtigste Ausschuss, in dem Vertreter der IGBE agierten, war der mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern besetzte „Gemischte Ausschuss für die Harmonisierung der Arbeitsbedingungen im Steinkohlenbergbau“ (Montanausschuss). In diesem – zwar nur mit beratender Funktion ausgestattetem – Ausschuss, wurden zahlreiche Themenfelder behandelt und Stellungnahmen für die Hohe Behörde der EGKS erarbeitet.

Zur Koordinierung der gewerkschaftlichen Positionen innerhalb dieses Ausschusses wurde das „Verbindungsbüro der Freien Berg- und Metallarbeitergewerkschaften in den Ländern der europäischen Gemeinschaften“, auch abgekürzt „Verbindungsbüro IBFG-EGKS“ oder „Verbindungsbüro Montanausschuss“ in Luxemburg gegründet. Dieses, zum überwiegenden Teil von IGBE und IG Metall finanzierte Büro, informierte darüber hinaus die nationalen Mitgliedsgewerkschaften über in Brüssel und Luxemburg vorbereitete Initiativen, welche die Interessen der Bergarbeiter tangierten. Das Büro übernahm dabei die gleiche Funktion für die Bergarbeitergewerkschaften, wie es die Verbindungsbüros der politischen Parteien taten, wodurch es zu einer den europäischen Einigungsprozess fördernden Institution wurde.⁸

6 Die Berichte der internationalen Jugendbegegnungen sind vom Autor bereits ausgewertet und sollen im Rahmen einer Dissertation über die Jugendarbeit der IGBE veröffentlicht werden.

7 Vgl. Wolfgang Däubler/Wolfgang Lecher (Hg.): Die Gewerkschaften in den EG-Ländern. Europäische Integration und Gewerkschaftsbewegung, Köln 1991, S. 247.

8 Vgl. hierzu Jürgen Mittag (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006.

Gemeinsam mit den anderen europäischen Gewerkschaften wurde versucht, in den Bereichen des Bergarbeiterwohnbaus, der Berufsausbildung, der Arbeitszeiten und der sozialen Sicherheit gemeinschaftliche Standards zu entwickeln, die in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaften Gültigkeit haben sollten. Besonders intensiv beschäftigte man sich auch hier mit Fragen des Arbeitsschutzes und der Grubensicherheit. So wurden bei der Vergabe für Gelder bei Forschungsvorhaben besonders Projekte empfohlen, die zum Beispiel der Verbesserung der Staubbekämpfung und des Rettungswesens dienen sollten. Durch intensive Abstimmungsarbeit mit den anderen beteiligten Organisationen und Verbänden gelang es, über den Montan Ausschuss mit dem beginnenden Niedergang des europäischen Steinkohlenbergbaus in den 1970er Jahren finanzielle Hilfen wie die Bergmannsprämie für die von Kurzarbeit und Entlassung bedrohten Bergarbeiter zu etablieren. In zahlreichen Unterausschüssen, hier sollen nur exemplarisch der „Studienausschuss des Westeuropäischen Kohlenbergbaus“ oder die „Sachverständigenkommission Eisenerzbergbau“ genannt werden, waren ebenfalls Vertreter der IGBE Mitglieder, deren Arbeit in den Akten des IGBE-Archivs dokumentiert sind.

Von besonderem Interesse für die Erforschung sozialer Bewegungen sind die Akten, die sich mit der Stellung der IGBE zur Atomkraft befassen. Gewerkschaftsvertreter setzten sich in den Ausschüssen der 1958 gegründeten Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) verstärkt für einen verbesserten Strahlenschutz für Beschäftigte und Anwohner atomtechnischer Anlagen ein. Einer generellen Ablehnung der Kernenergie konnte sich die IGBE jedoch auch nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl nicht anschließen, da ein Mix aus Atomkraft und Kohleverstromung zum Überlebenskonzept der IGBE für den bundesdeutschen Steinkohlenbergbau gehörte. Die Diskussion darüber ist in der Form des Schriftwechsels des IGBE-Vorstandes, der Hauptverwaltung und der Bezirksleitungen, nicht nur mit Behörden und Institutionen, sondern auch mit Umweltverbänden und Bürgerinitiativen vorhanden.

Die Aktenbestände gewähren auch Einblick in die Konflikte, die um den europäischen Steinkohlenbergbau ausgetragen wurden. Besonders der Versuch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in den 1960er Jahren, den gemeinschaftlichen Ruhrkohlenverkauf wegen kartellrechtlicher Bedenken zu zerschlagen, ist hier zu nennen. Aber auch die Aktivitäten der IGBE in den 1970er und 80er Jahren zum Erhalt des Jahrhundertvertrages, der die Kohleverstromung in der Bundesrepublik gegen die Konkurrenz von Erdöl und Ergas sichern sollte, sind dokumentiert. Dabei lässt sich der Meinungsbildungsprozess sehr detailliert durch umfangreiche Entwürfe und Stellungnahmen nachvollziehen. Der Schriftwechsel mit der Bundesregierung und den Regierungen der Bundesländer, den Vertretern der europäischen Institutionen, den Arbeitgeberverbänden und Parteien bietet dabei den Einblick in die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse, ebenso wie der Schriftverkehr mit Kirchen, Vereinen und Privatpersonen den gesellschaftlichen Diskurs widerspiegelt.

Insgesamt betrachtet bietet die Vielfalt der Themen nicht nur Historikern, sondern auch Wirtschaftswissenschaftlern, Politikwissenschaftlern und Soziologen umfangreiches, größtenteils unbearbeitetes Material für wissenschaftliche Studien.